



**STVV: 20.5.2021 Top: 24 Antrag Grüne, BfB und FWG bezügl.  
Programm zur Errichtung von PV Anlagen      Rede: Doris Sterzelmaier**

Sehr geehrte Stadtverordnetenvorsteherin,

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Gäste,

deutlicher als es das Bundesverfassungsgericht am 24. März formuliert hat, kann ich es kaum ausdrücken: Klimaschutz ist nichts, was wir wie eine freiwillige Leistung nach Belieben tun oder lassen können. Klimaschutz leitet das oberste Gericht direkt aus unseren Grundrechten ab.

Das verfassungsrechtliche Klimaschutzziel des Art. 20a GG ist dahingehend konkretisiert, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur dem sogenannten „Paris-Ziel“ entsprechend auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Dies zu erreichen muss sich in unserem politischen Handeln widerspiegeln, auch auf kommunaler Ebene.

Wir Grüne sehen es als wichtige Aufgabe an, die nächsten Schritte auf dem Weg zur Klimaneutralität für Bensheim zu gehen und deswegen steht heute in der ersten Arbeitssitzung der Stadtverordnetenversammlung in der neuen Legislaturperiode dieser gemeinsame Antrag auf der Tagesordnung.

Unser Fokus liegt auf dem Ausbau der Fotovoltaik. Wir wollen, dass der Magistrat bis zur Haushaltsberatung 2022 ein Programm zur Errichtung von PV-Anlagen auf Gebäuden und über Verkehrsflächen vorlegt.

Wir haben in Bensheim seit 2014 einen Masterplan 100 Prozent Klimaschutz und stehen nicht am Anfang. Das städtische Förderprogramm Klimaschutz hat in 4 Jahren von 2014 bis 2018 dazu beigetragen, 1.651 kWp PV-Leistung zu installieren. 131 PV-Anlagen konnten in diesem Zeitraum gefördert werden.

Aber weitere Schritte müssen folgen. Hier sprechen wir nicht mehr von modellhaften Projekten, sondern einer wirklichen Veränderung der

regenerativen Stromerzeugung, um die Klimaziele auch erreichen zu können.

Diese Zielsetzung umfasst alle Bereiche auch Handel, Gewerbe, Haushalte und den Straßenverkehr. Nur alle gemeinsam in der Stadt können wir die Klimaziele erreichen.

Mit einer Informations- und Werbekampagne sollen Firmen aufgefordert werden, ihre gewerblichen Flächen für die PV-Nutzung zu aktivieren. Die Stadt soll dabei ihre Vorbildfunktion ernst nehmen und freie, eigene Dachflächen für die PV-Nutzung bereitstellen. Das Dach über dem Zentrale Busbahnhof (ZOB) gehört dazu, genau wie Park- und Stellplätze und die Parkhäuser.

Der Magistrat soll Gespräche mit den Eigentümern großer Parkplätze führen, um die Installation von Photovoltaikanlagen über deren Park- und Stellplätzen zu erreichen.

Bei jeder PV Anlage im öffentlichen Bereich soll eine Ladestation für E Autos berücksichtigt werden.

Wir schlagen auch eine Informations- und Werbekampagne für den Bau von Photovoltaikanlagen auf den Dächern von Privathäusern und Firmen vor. Die Stadt soll sich für diese Kampagne Partner suchen.

Das sollen nicht ausschließlich die im Ursprungsantrag sein. Auch andere Partner sind möglich, so dass wir hier eine Änderung des Antragstextes vorgenommen haben.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, nach Ablauf des Pilotprojektes „Solar-Anlagen über Autobahnen“ der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, damit wir sehen können ob und welche Möglichkeiten es auf Bensheimer Gemarkung gibt.

Klimaschutz ist wichtig lasst uns gemeinsam Bensheim voranbringen und mit diesem Antrag den nächsten Schritt gehen.